

Fietkau, Hans-Joachim

Working Paper — Digitized Version

Umweltbewusstsein und Wahlverhalten

WZB Discussion Paper, No. IIUG pre III 78-24

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fietkau, Hans-Joachim (1978) : Umweltbewusstsein und Wahlverhalten, WZB Discussion Paper, No. IIUG pre III 78-24, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/82978>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

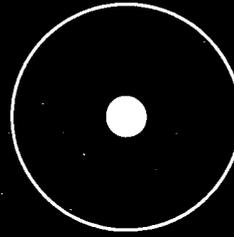
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wissenschaftszentrum



Berlin

Umweltbewußtsein und Wahlverhalten

von

Hans-Joachim Fietkau

Internationales
Institut
für
Umwelt
und
Gesellschaft

International
Institute
for Environment
and
Society

IIUG preprints

INTERNATIONALES INSTITUT FÜR UMWELT UND GESELLSCHAFT
WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN

Das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft (IIUG) des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) hat zur Aufgabe, durch internationale empirische sozialwissenschaftliche Forschung einen Beitrag zur Erweiterung des Wissens über dringende Umweltprobleme zu leisten. Ziel der Forschungsarbeiten des Instituts ist es, letztlich Kenntnisse um Voraussetzungen, Alternativen und Auswirkungen umweltpolitischer Ziele, Maßnahmen und Instrumente bereitzustellen.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, führt das Institut sowohl anwendungsorientierte als auch Grundlagen-Forschungsprojekte zunächst in seinem ersten Programmschwerpunkt

Adressaten der Umweltpolitik:

Einstellungen, Verhaltensweisen, Reaktionen

mit den Fachgebieten

- Umweltbewußtsein: Diffusion, Entwicklung und politischer Stellenwert
- Konsum und Umwelt
- Umwelt und Unternehmen

durch.

Darüber hinaus werden durch Einzelforschungsvorhaben die längerfristigen Aufgaben des Instituts in den beiden anderen Programmschwerpunkten

Umweltpolitik:

Ziele, Instrumente, Wirkungen

und

Umweltpolitik:

Technologische Aspekte und internationale Entwicklung

wahrgenommen.

Einordnung des Beitrages in das Institutsprogramm

Der vorliegende Beitrag steht im Kontext der Bemühungen im Fachgebiet "Umweltbewußtsein" zu einer Beurteilung der Ökologiebewegung in westlichen Industrienationen zu kommen. Gefördert durch die Thyssen-Stiftung führte das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft im Januar 1978 gemeinsam mit der Conservation Foundation (Washington D.C.) eine Konferenz zu diesem Problemkreis durch. Auf der Konferenz, an der Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, England, Schweden, Japan, Kanada und den USA die Problematik der politischen Einbindung der Umweltbewegung in westlichen Industrienationen diskutierten, wurde deutlich, daß die Analyse der Auswirkungen des wachsenden Umweltbewußtseins auf politische Urteilsprozesse eine wichtige Aufgabe auch für die Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Dieser Frage soll in dem vorliegenden Beitrag anhand von zwei Studien, die im Zusammenhang, bzw. im Anschluß an die Konferenz vom Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft durchgeführt wurden, nachgegangen werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Das wachsende Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland schlägt sich mehr und mehr in institutionalisierten Formen wie Bürgerinitiativen, Grünen Listen und Umweltparteien nieder. Es hat aber auch dazu geführt, daß die etablierten politischen Parteien sich verstärkt in öffentlicher Auseinandersetzung mit Umweltproblemen befassen. Umweltschutz ist aus der Sicht der Bevölkerung in der Bundesrepublik eine der dringendsten politischen Aufgaben. Das Interesse an Umweltfragen, das persönliche Engagement und die Mediennutzung in diesem Bereich ist erstaunlich hoch. Das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit durch die etablierten politischen Parteien hingegen ist sehr gering. Bürgerinitiativen wird seitens der Öffentlichkeit eine große politische Bedeutung bei der Lösung der anstehenden Umweltprobleme zugeschrieben.

SUMMARY

The increasing growth of environmental awareness in the Federal Republic of Germany has led to institutionalized forms of organization such as citizens action groups, "Green Lists", and environmental parties. It has also motivated the established political parties to show a deeper concern for environmental problems. In the public's view, environmental protection is one of the most urgent political tasks. In this area, interest in environmental problems, personal commitment and also the consumption of information is surprisingly high. While there is low confidence in the ability of established political parties to solve these problems successfully, citizens' action groups are generally attributed great political importance and the capacity to handle pressing environmental problems.

UMWELTBEWUSSTSEIN UND WAHLVERHALTEN

von

Hans-Joachim Fietkau

Einleitung

Der Artikel soll an Hand zweier Meinungsumfragen des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (Wissenschaftszentrum Berlin) über die Einstellungen, Verhaltensweisen und Erwartungen informieren, die in der Bevölkerung der Bundesrepublik gegenwärtig zu Fragen des Umweltschutzes und zur Umweltpolitik vorherrschen. Das vielerorts in den Medien apostrophierte anwachsende Umweltbewußtsein schlägt sich mehr und mehr in institutionalisierten Formen wie Bürgerinitiativen, Grünen Listen und Umweltparteien nieder. Die verstärkte öffentliche Diskussion von Umweltproblemen hat spätestens seit den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg (Frühjahr 1978) sichtbaren Niederschlag in der Willensbildung der etablierten politischen Parteien gefunden. Daran haben auch die Wahlniederlagen der "Grünen" in Hessen und Bayern kaum etwas geändert. Die geringe Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Umweltpolitik in der Bundesrepublik darf bei dem wachsenden Interesse an diesen Fragen sicher als eine Einflußgröße bei dem Wahlverhalten der Bundesbürger gesehen werden.

Datenbasis und methodische Aspekte der Untersuchung

Die Diskussion des Zusammenhangs zwischen Umweltbewußtsein und Wahlverhalten erfolgt auf der Basis folgender Erhebungen:

1. Die Einstellung der Berliner Bevölkerung zu
Umweltschutzfragen und zur Umweltpolitik

Am Beispiel Berlin wurde als methodischer Prüflauf für

ein als Dauerbeobachtung angelegtes international vergleichendes Forschungsprojekt zum Umweltbewußtsein der Bevölkerung hochindustrialisierter Länder durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 910 erwachsene Berliner. Die Erhebung fand im April/Mai 1978 statt. Um möglichst Effekte zu eliminieren, die zu Lasten einer bestimmten Erhebungsmethodik gehen, wurden zwei Teilerhebungen durchgeführt: eine schriftliche und mündliche Befragung. In beiden Teilerhebungen wurden die gleichen Fragen gestellt. In mündlichen Interviews wurden 455 Berliner nach einem Quotenverfahren befragt, die hinsichtlich Geschlecht, Alter, Wohnbezirk und beruflicher Stellung als repräsentativ für die Berliner Bevölkerungsstruktur angesehen werden können. Bei der schriftlichen Befragung wurden die Adressaten per Zufall aus der Berliner Bevölkerung ausgewählt. Die 455 zurückgesandten auswertbaren Fragebögen repräsentierten eine 71%ige Ausschöpfung der Stichprobe. Eine derartige Rücklaufquote darf als sehr gut gelten und beinhaltet einen Stichprobenfehler, der sicher geringer einzuschätzen ist als derjenige, der zu Lasten der Versagungsquote bei den üblichen mündlichen Interviews geht. Die Ergebnisse aus beiden Teilerhebungen waren insgesamt vergleichbar. Die im folgenden berichteten Zahlen beziehen sich auf die Gesamtstichprobe beider Teilerhebungen (Mittelwert). In einer Reihe von Fragen können diese mit einer ähnlichen Erhebung verglichen werden, die 1977 in Berlin durchgeführt wurde (N = 390, Quotenverfahren). Dort, wo es sinnvoll erscheint, wird auf die ältere Untersuchung Bezug genommen.

2. Das Meinungsklima gegenüber einer Umweltpartei

Eingebunden in ein Forschungsvorhaben zum Wandel umweltbezogener politischer Werte wurde durch das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie in Allensbach eine Repräsentativumfrage in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin

(West) zu dem oben genannten Thema durchgeführt. Die Erhebung fand im März 1978, d.h. vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und in Hamburg, statt. Insgesamt wurden 2038 Bürger befragt. Die Befragung erfolgte nach dem Quotenverfahren, wobei die relevanten soziodemographischen und regionalen Parameter bei der Quotierung berücksichtigt wurden.

Ergebnisse

Man mag gegen die Publikation einer derartigen Untersuchung einwenden, daß sie in einer Zeit, in der offensichtlich die Einstellungen der Menschen zu ihrer natürlichen Umwelt einem rapiden Wandel unterliegen und in der die politische Artikulation des wachsenden Umweltbewußtseins in der Ökobewegung beinahe täglich neue Formen aufweist, am Tage der Veröffentlichung immer bereits veraltet ist. Der Sachverhalt, der zu dieser Einschätzung führt, ist sicher richtig, nur scheint die Konsequenz nicht gerechtfertigt. Zweierlei spricht dafür, die Ergebnisse auch mit zeitlichem Verzug zu diskutieren.

Erstens wird dadurch ein legitimes historisches Interesse befriedigt, d.h. es werden Einstellungsmuster verdeutlicht, wie sie in unserer Zeit in der Bundesrepublik gegeben sind. Es ist sinnvoll, i.S. einer Bestandsaufnahme im Querschnitt das Meinungsklima im Umweltbereich zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt (Frühjahr 1978) darzustellen. Dies eröffnet die Möglichkeit, zwischenzeitlich stattfindende Ereignisse (politische Veränderungen oder spektakuläre Ereignisse wie Tankerkatastrophen) in späteren Untersuchungen interpretativ als mögliche Einflüsse für Veränderungen heranzuziehen.

Weiterhin können auf der Basis derartiger quasi historischer Befunde durch spätere vergleichbare Untersuchungen Hinweise auf Diffusionsmechanismen sozialer Bewegungen und der ihnen zugrundeliegenden Veränderungen der Wertstruktur in der Bevölkerung deutlich werden.

Zweitens: Auch wenn sich die Ausprägungen bestimmter Ansichten, Urteile und Verhaltensweisen in einer derartig turbulenten Entwicklung ändern mögen, ist es dennoch zu erwarten, daß die Struk-

turen der Urteile, ihre wechselseitige Determination und ihre soziale Eingebundenheit konstanter bleiben. Nicht die Darstellung der Befunde als solche erweist sich im Lichte dieser Überlegungen als Problem, sondern vielmehr ihre angemessene historische und theoretische Einordnung. Die Befunde zielen auf die sozialwissenschaftliche Analyse eines politischen Potentials, das auf einen allgemeinen Wertwandel verweist.

Politische Dringlichkeit

Umweltschutz ist aus der Sicht der Bevölkerung in der Bundesrepublik zu einem der wichtigsten politischen Aufgabenbereiche geworden. Zu dieser Einschätzung gelangt der Sachverständigenrat für Umweltfragen¹⁾ in seinem der Bundesregierung 1978 vorgelegten Gutachten nach Sichtung einer Vielzahl von Ergebnissen aus der Umfrageforschung²⁾. Zwei Beispiele, die dem Gutachten entnommen sind, mögen illustrieren, daß auch ein anderes methodisches Vorgehen die hohe politische Priorität von Umweltschutz in der Wahrnehmung der Bevölkerung deutlich werden läßt:

"Anfang 1975 ließ sich die Frage nach der Priorität angesichts der Ebbe in den öffentlichen Kassen etwas konkreter stellen: Woran soll gespart werden und woran nicht? Es wurden 18 öffentliche Aufgaben beurteilt, von denen hier nur die neun aufgeführt werden, die als überdurchschnittlich wichtig angesehen wurden:

Aufgaben	es soll gespart werden	es soll nicht gespart werden
1) Umweltschutz	28 %	70 %
2) Ausgaben für soz. Zwecke	34 %	63 %
3) Ausgaben für Wissenschaft und Forschung	40 %	58 %
4) Spar- und Wohnungsbauprämien	42 %	56 %
5) Schul- und Universitätsbauten	44 %	54 %
6) Zuschüsse für öff. Nahverkehr	44 %	53 %
7) Freizeiteinrichtungen	45 %	53 %
8) Staatl. geförderter Wohnungsbau	48 %	50 %
9) Allgemeiner Straßenbau	54 %	44 %

Eine ähnliche Frage bestätigte im Jahre 1977 die große Unterstützung

für Umweltschutzausgaben:

"Bund, Länder und Gemeinden haben ... weniger Geld zur Verfügung und müssen sparen. Man kann allerdings verschiedener Meinung darüber sein, wo gespart werden soll. Bitte sagen Sie ..."

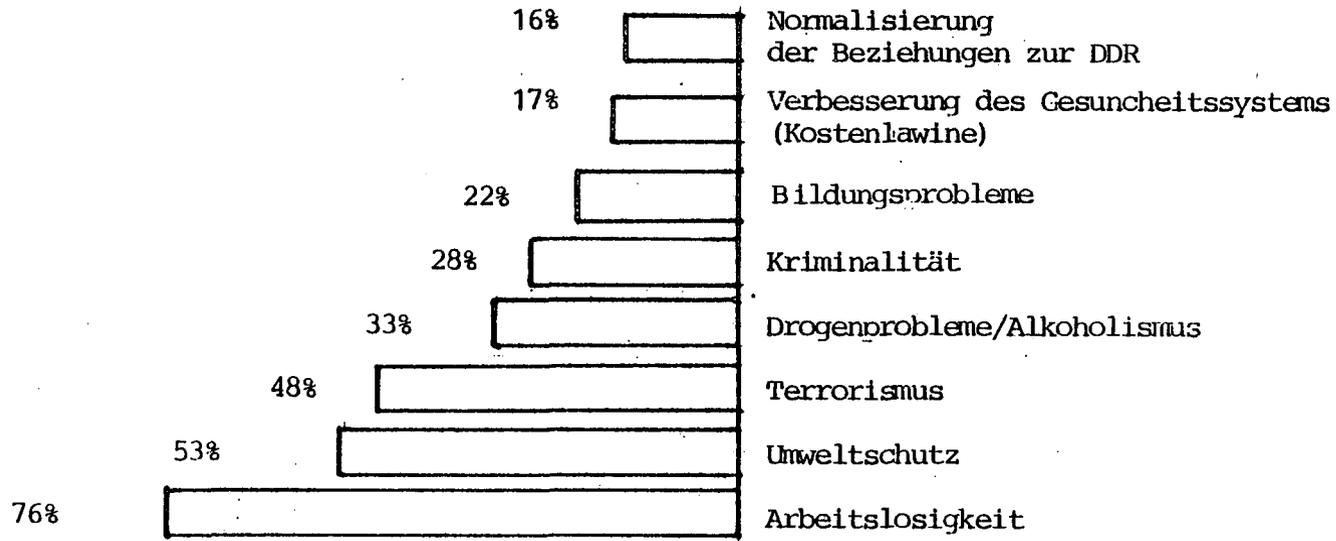
Die neun genannten Ausgabenzwecke brachten die Befragten durch ihre Sparpräferenzen in folgende Prioritätenliste:

Zweck	Daran soll gespart werden	Daran soll nicht gespart werden
1) Ausgaben für den Umweltschutz	7 %	88 %
2) Zuschüsse für Sportorganisationen	44 %	52 %
3) Ausgaben für die Verteidigung	55 %	40 %
4) Beihilfen für Studierende	57 %	38 %
5) Zuschüsse für Theater und ähnliches	60 %	36 %
6) Gehälter für Angestellte und Beamte im öff. Dienst	63 %	31 %
7) Zuschüsse für die Landwirtschaft	64 %	30 %
8) Personal im öffentlichen Dienst	75 %	19 %
9) Öffentliche Verwaltungsbauten	88 %	8 %

Diese Einschätzung kann auch hier bestätigt werden. Die in der Bevölkerung wahrgenommene politische Dringlichkeit von Umweltschutz wird zwar vom Problem der Arbeitslosigkeit übertroffen, rangiert jedoch deutlich vor Aufgaben in den Bereichen Terrorismus, Drogenprobleme, Alkoholismus, Kriminalität, Bildungsproblemen, Verbesserung des Gesundheitswesens und der Normalisierung der Beziehungen zu der DDR.

STELLENWERT DER UMWELTPROBLEMATIK

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen.
Kreuzen Sie bitte die 3 an, die Sie für derzeit am wichtigsten halten.



Insbesondere die 20 bis 40jährigen sehen Umweltschutz als eine der drei wichtigsten politischen Aufgaben (63 %), während er bei den über 65jährigen lediglich von 30 % unter den ersten dreien genannt wird.

Innerhalb der unterschiedlichen Umweltmedien ergibt sich in der Bevölkerung folgende wahrgenommene politische Dringlichkeit der Umweltprobleme:

Tabelle 2

Umfrage 1978

Rang- reihe		Mittlerer Rangplatz
1	Luftverschmutzung	2,3
2	Wasserverunreinigung	3,3
3	Schadstoffe in Nahrungs- mitteln	3,9
4	Lärmbelästigung	4,2
5	Energieprobleme	4,8
6	Abfallbeseitigung	5,2
7	Erschöpfung der Rohstoffe	5,6
8	Stadt- und Landschafts- gestaltung	5,7

Es fällt auf, daß Lärm nicht als die dringlichste Aufgabe wahrgenommen wird, obwohl etwa die Hälfte der Befragten angibt, zu Haus oder am Arbeitsplatz persönlich durch Lärm betroffen zu sein. Lärm ist damit das Umweltmedium, durch das die unmittelbare Beeinträchtigung in der Wahrnehmung der Betroffenheit erfolgt. Die persönliche Betroffenheit (i.S. wahrgenommener Beeinträchtigung) und die Beurteilung politischer Dringlichkeit scheinen nicht unmittelbar zusammenzuhängen. Zur Erklärung dieses Sachverhalts lassen sich folgende Hypothesen heranziehen:

- 1) Es handelt sich um einen Ausdruck von politischem Verantwortungsgefühl, das dazu führt, das der einzelne bei der Beurteilung politischer Aufgaben eher auf die ³⁾ Belange der Allgemeinheit als auf seine eigenen achtet

- 2) Die Umweltbelastungen durch Lärm werden unmittelbar und tagtäglich wahrgenommen. Es findet eine Gewöhnung statt - diese wird durch eine Dissonanzreduktion unterstützt, die darin besteht, daß das Spannungsfeld aus
 - einerseits täglich Lärm ausgesetzt sein
 - andererseits nichts dagegen tun zu können.durch die Hinzunahme der Kognition:
 - Lärm ist ja gar nicht so schlimm reduziert wird.
- 3) Lärm wird als eine Umweltbelastung wahrgenommen, die man nicht nur erduldet, sondern auch verursacht. Lärmbekämpfung seitens politischer Instanzen impliziert möglicherweise in der Wahrnehmung der Betroffenen auch eine Einengung der eigenen Lebensqualität.
- 4) Die politische Dringlichkeit wird nach der wahrgenommenen Reversibilität als Störung beurteilt. Wir wissen, daß ökologisch "tote" Gewässer sehr lange brauchen, um regeneriert zu werden. Lärm ist aber eine Umweltbelastung, die quasi sofort -sofern man nur will- "abgestellt" werden kann. Dieses Theorem würde auch das hohe Gefühl der Bedrohtheit im Kernkraftbereich erklären.

Mediennutzung und Verhalten im privaten Bereich

Die Informationsnutzung ist mit Bezug auf Umweltfragen erstaunlich hoch. Dies kann einerseits zur Erklärung von hohem Umweltbewußtsein, andererseits als Ausdruck derselben verstanden werden.

Tabelle 3

INFORMATIONSNUTZUNG IM UMWELTSCHUTZBEREICH

	ja	nein
Ich lese Artikel in der Zeitung, die sich mit der Umweltverschmutzung befassen	82 %	17 %
Ich habe schon einmal eine Versammlung zu Umweltfragen besucht	16 %	82 %
Ich lese Bücher, die sich mit Umweltverschmutzung befassen	22 %	74 %

Ähnliche Ergebnisse ergaben sich auch in der Studie "Berlin 1977". Aus der Analyse der Daten wissen wir jedoch, daß die Informationsnutzung im Umweltschutzbereich und damit verbunden das Wissen um Umweltschutzprobleme ebenso wie das politische Engagement in der Ökobewegung kaum eine Voraussage auf das umweltrelevante Verhalten im privaten Bereich gestattet⁴⁾. Es ist jedoch festzustellen, daß in einer Reihe von Verhaltensweisen sich im Verlauf des letzten Jahres Veränderungen vollzogen haben. Das dargestellte eigene Verhalten im privaten Bereich ist tendenziell umweltschonender geworden.

Hierzu drei Beispiele:

Tabelle 4

	UMFRAGE 1978		UMFRAGE 1977	
	stimmt	stimmt nicht	stimmt	stimmt nicht
Alte Zeitungen und Zeitschriften gebe ich gewöhnlich in den allgemeinen Hausmüll	65 %	33 %	70 %	28 %
Wenn nicht gleich ein Abfallbehälter in der Nähe ist, werfe ich kleinere Abfälle schon mal auf die Straße	10 %	89 %	32 %	66 %
Ich kaufe fast alle Getränke wie Bier, Sprudel in Einwegflaschen	31 %	67 %	39 %	59 %

Als Hinweis auf die Gültigkeit der Aussagen mag es dienen, daß der Anteil von Einwegflaschen am Gesamtflaschenaufkommen in Berlin z. Zt. auch etwa 30 % beträgt.

Einschätzung der Umweltpolitik

Gerade in den 70er Jahren wurden in der Bundesrepublik eine Vielzahl von Verordnungen und Gesetzen zur Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umweltqualität verabschiedet.⁵⁾ Haben diese Aktivitäten dazu geführt, daß der Bürger Vertrauen in die umweltpolitischen Aktivitäten in der Bundesrepublik hat?

Die Industrie trägt aus der Sicht der Befragten für die derzeitigen Umweltschädigungen mit Abstand die meiste Verantwortung - sie

wird als Hauptverursacher gesehen. Es muß aber beachtet werden, daß die Befragten auch sehr deutlich auch Verbraucher und Politiker in ihren jeweiligen Funktionen als Verursacher sehen.

Tabelle 5

Wer ist Ihrer Meinung nach Schuld an den Umweltschäden (Umweltverschmutzung, Energieprobleme etc.)?

Geben Sie bitte für jede der 4 untenstehenden Gruppen das Ausmaß der Schuld an:

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	Mittel
	überhaupt nicht	kaum	etwas	ziemlich	hauptsächl.	(arith. Mitte)
1 Industrie	1 %	1 %	5 %	17 %	73 %	4,6
2 Verbraucher	3 %	8 %	20 %	34 %	29 %	3,8
3 Politiker	10 %	11 %	20 %	31 %	20 %	3,5
4 Gewerkschaften	17 %	30 %	24 %	12 %	6 %	2,5

Fragt man nach den gesellschaftlichen Gruppen, von denen am ehesten ein Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme in den nächsten fünf Jahren erwartet werden kann, so erstaunt, wie wenig Vertrauen sich auf die etablierten politischen Entscheidungsträger richtet. Am ehesten werden Anstöße zu einer Verbesserung unserer Umweltqualität von Bürgerinitiativen erwartet.

Tabelle 6

Einen wirkungsvollen Beitrag zum Umweltschutz kann man in den nächsten 5 Jahren am ehesten erwarten von (bis zu 2 Nennungen möglich).

1 den Bürgerinitiativen	48 %
2 der Industrie	38 %
3 der Bundesregierung	31 %
4 den Verbrauchern	25 %
5 einer Umweltpartei	21 %
6 den Gerichten	14 %
7 den Parteien	8 %
8 den Gewerkschaften	2 %

Rolle d. G. !

Es fällt auf, wie wenig Vertrauen in diesem Bereich im Vergleich dazu in die politischen Parteien gesetzt wird. Dieses Meinungsklima bildet die Grundlage für die Bildung von Bürgerinitiativen, ihre Unterstützung durch die öffentliche Meinung und für den Wunsch, diese außerparlamentarischen politischen Kräfte an der politischen Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Die Einschätzung der Zufriedenheit mit der Umweltpolitik in der Bundesrepublik ergab eine relativ breite Streuung im Meinungsspektrum.

Tabelle 7

EINSCHÄTZUNG DER UMWELTPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	Mittelwert
	überhaupt nicht	kaum	etwas	ziemlich	sehr	(arithm. Mittel)
Mit der Umweltpolitik in der Bundesrepublik können wir alles in allen zufrieden sein.	18 %	31 %	22 %	22 %	4 %	2,6
Es macht mich besorgt, daß der Staat so wenig zum Schutz der Umwelt unternimmt.	4 %	12 %	24 %	29 %	28 %	3,7

Zusammenfassend kann jedoch festgestellt werden, daß eher die Ansicht herrscht, es würde nicht genug getan und daß daraus tendenziell eine Unzufriedenheit mit der Politik in diesem Bereich verbunden ist.

Die Befürchtung jedoch, durch Umweltschutzpolitik werde die Zahl der Arbeitsplätze vermindert, spiegelt sich nicht in dem Meinungsspektrum der Bevölkerung. Von denen, die sich bezüglich dieser Frage überhaupt äußern, sind es nur 3 %, die diese Auffassung vertreten.

Tabelle 8

UMWELTSCHUTZ UND ARBEITSPLÄTZE

Durch Umweltschutz wird die Zahl der Arbeitsplätze

erhöht	45 %
bleibt gleich	23 %
vermindert	3 %
weiß nicht	29 %

Ähnliche Ergebnisse zum Einfluß von Umweltschutzmaßnahmen auf die Arbeitsplätze berichtet auch der Sachverständigenrat in seinem Gutachten.

Auch wenn insgesamt betrachtet eine tendenzielle Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber der Umweltpolitik gegeben ist, werden von 32 % der Befragten Verbesserungen der Umweltqualität in den letzten 5 Jahren wahrgenommen, 41 % meinen jedoch, eher eine Verschlechterung zu registrieren. Aufgegliedert nach den unterschiedlichen Umweltmedien werden Verbesserungen insbesondere im Bereich der Wasserverschmutzung⁶⁾, der Schadstoffanreicherung in Lebensmitteln und im Lärmbereich gesehen. Am seltensten werden Stadt- und Landschaftsgestaltung als Bereich genannt, in dem Verbesserungen der Umweltqualität sichtbar geworden sind.

Die Ambivalenz in der Beurteilung der Umweltqualität, die schon im Zusammenhang der Beurteilung der letzten vergangenen 5 Jahre sichtbar geworden ist, spiegelt sich auch in der Beurteilung der Zukunft. 34 % erwarten in den nächsten 5 Jahren eine Verbesserung, 40 % rechnen mit einer Verschlechterung umweltrelevanter Lebensbedingungen.

Das Meinungsklima gegenüber einer Umweltpartei

Dicht im Zusammenhang mit den Fragen der Zukunftserwartungen im Umweltbereich und den Meinungen über die Problemlösungskapazitäten der etablierten politischen Parteien ist sicher die Einstellung der Bevölkerung zu der sich politisch formulierenden Ökologiebewegung zu sehen.

In der zweiten Erhebung, über die hier berichtet werden soll, geht es um die Grundstrukturen des Meinungsklimas gegenüber einer Umweltpartei. Die Untersuchung zielt nicht auf eine Wahlprognose und es ist fraglich, ob derzeit in Bezug auf Grüne Listen etc. überhaupt Wahlprognosen möglich sind⁷⁾. Es ist offensichtlich so, daß zur Zeit eine Vielzahl politischer Hoffnungen in eine Umweltpartei projiziert werden - mit der konkreten Bildung einer derartigen Partei werden jedoch sicher eine Reihe dieser Wünsche und Erwartungen relativiert. So richtet sich die Untersuchung des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft auch weniger auf Wahlprognosen als auf Sympathiepotentiale gegenüber einer sich politisch formierenden Umweltbewegung.

Den vorne berichteten "Berliner Daten" vergleichbar zeigt sich die hohe wahrgenommene Bedeutsamkeit von Umweltschutz. Für 76 % der Bevölkerung der Bundesrepublik ist der Umweltschutz ein Anliegen, das ihnen besonders wichtig ist. Gleichzeitig halten die meisten dieses Problem für lösbar. Gut 80 % derjenigen, die Umweltschutz für ein wichtiges Problem halten, meinen, daß engagierte und fähige Politiker hier etwas erreichen könnten.

Von denjenigen, die Umweltschutz für ein großes, aber grundsätzlich lösbares Problem halten, sehen 27 %, also mehr als jeder vierte, heute bei den etablierten Parteien der Bundesrepublik Deutschland keine akzeptablen Lösungsansätze. Sie erwarten die Lösung stattdessen von außerparlamentarischen spontanen Gruppen. Nur 11 % stimmen der Ansicht zu, wer sich für Umweltschutz einsetzen wolle, der brauche nur in eine Partei einzutreten und dort dafür zu arbeiten. Dagegen sind 53 % der Befragten dafür, außerparlamentarische Gruppen wie Bürgerinitiativen Mitbestimmungsmöglichkeiten zuzubilligen. Diese Ergebnisse stimmen fast völlig mit den oben berichteten Daten aus der Berliner Untersuchung überein - sowohl hinsichtlich der perzipierten Bedeutsamkeit von Umweltschutzfragen, als auch hinsichtlich des Mißtrauens in die Problemlösungsfähigkeit der etablierten politischen Parteien.

Tabelle 9

§
Bevölkerung insgesamt

Ich finde, solche Bürgerinitiativen sollten mitentscheiden dürfen. Dann könnten endlich auch mal die Bürger, die es angeht, mitbestimmen, wie ihre Umwelt gestaltet werden soll.....53

Ich finde es durchaus nützlich, wenn Bürger sich zusammenschließen und überlegen, wie die Umwelt am besten geschützt werden kann. Aber mitentscheiden dürfen solche Gruppen natürlich nicht, es hat sie ja keiner gewählt.....23

Ich finde solche Bürgerinitiativen völlig überflüssig. Wer mitreden will, kann in eine Partei eintreten und sich da für den Umweltschutz einsetzen. Solche Bürgerinitiativen bringen nur Unruhe.....11

Unentschieden.....13

100

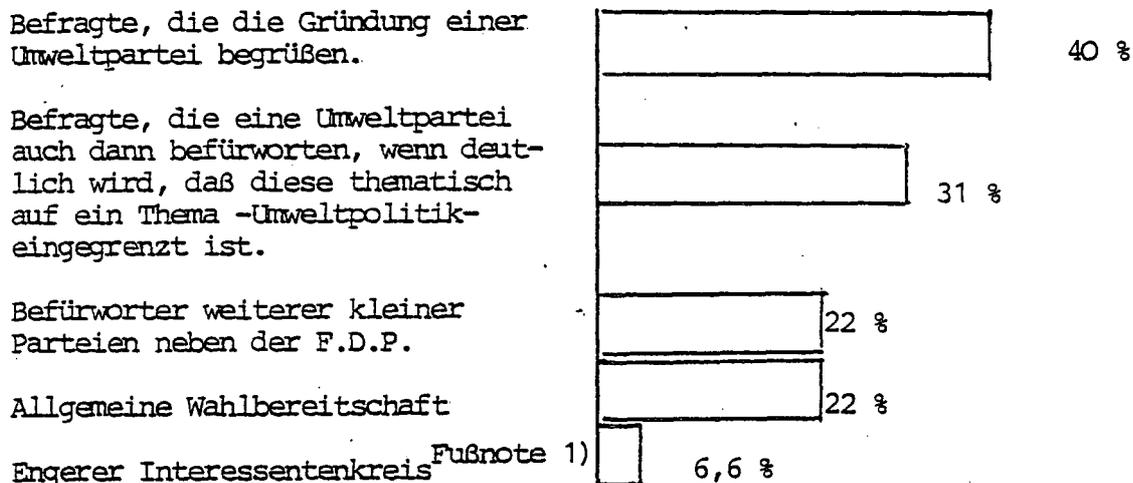
Es ist davon auszugehen, daß die Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik große Hoffnungen in Bürgerinitiativen setzt und ihnen nicht allein Mitsprache im Vorfeld politischer Entscheidungen, sondern direkte politische Mitentscheidung zubilligen möchte. Diese Befunde werden durch die Untersuchung von Buse, Nelles und Oppermann (1978)⁸⁾ ergänzt, die aufgrund ihrer Daten zu dem Schluß kommen:

"Insgesamt glaubt die Mehrheit der Befragten, daß die politisch administrativen Akteure - und hier vor allem die Parteien - sich mehr an eigenen Interessen als an denen der Bürger orientierten" (S. 229) und "Die Aussagen zu Bürgerinitiativen haben durchweg einen positiven Tenor ..." (S. 229).

Es ist offensichtlich so, daß das positive Image von Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich auf die sich parteipolitisch formierenden Teile der Ökologiebewegung (Umweltpartei, Grüne Listen) übertragen hat.

Tabelle 10

INTERESSENUMFELD EINER UMWELTPARTEI



Fußnote 1)

Zu diesem engeren Kreis gehören Personen, die

- Umweltschutz als ein sehr wichtiges politisches Problem betrachten,
- dieses Problem aber durchaus von fähigen Politikern für lösbar halten,
- aber bei keiner der etablierten Parteien gute Lösungsansätze erkennen können,
- und erklären, sie könnten sich vorstellen, bei Bundes- und Landtagswahlen, der Umweltpartei ihre Stimme zu geben.

40 % der Bevölkerung würden es begrüßen, wenn auf Bundesebene eine Umweltschutzpartei gegründet würde.

Da der Begriff Umweltschutz als extrem positiv geladen angesehen werden muß, kann man vermuten, daß das Empfinden sozialer Wünschbarkeit aller mit Umweltschutz verbundenen Aktivitäten die Befragten zu einer positiven Aussage zur Umweltschutzpartei veranlaßt, die, sobald sie sich den Charakter einer "single-issue"-Partei vor Augen führen, eine Umweltschutzpartei wesentlich skeptischer beurteilen würden. Die Ergebnisse bestätigen diese Vermutung: Schon ein Überdenken der Haltung zu einer Umweltschutzpartei mit diesem einen Argument läßt die Befürworter auf 31 % sinken, während die Ablehnung auf 50 % ansteigt.

Auch ist zu vermuten, daß unter den spontanen Befürwortern einer Umweltpartei solche sind, die, wenn sie durch entsprechende Frage-

formulierung darauf aufmerksam gemacht werden, dem Gedanken einer Erweiterung des Parteienspektrums ablehnend gegenüberstehen. Zur Prüfung dieser These wurde die Frage gestellt: "Einmal angenommen, es gäbe im Bundestag außer der F.D.P. noch einige weitere kleine Parteien: Fänden Sie das gut oder nicht so gut?". Nur 22 % der Bevölkerung können sich für diesen Gedanken erwärmen.

Was nun tatsächlich der politische Standort einer Umweltpartei wäre, läßt sich im Augenblick nur aus einer Analyse der politischen Einstellungen derjenigen gewinnen, die deutlich, d.h. stark eingeschränkt definiert, ihre Sympathien und ihre Unterstützungsbereitschaft für eine Umweltpartei zum Ausdruck bringen.

Als Abgrenzungskriterium bieten sich hier zunächst die Fragen nach der Wahlbereitschaft an: "Könnten Sie sich vorstellen, daß Sie diese Partei bei einer Bundestagswahl wählen würden - oder glauben Sie nicht?" Die Frageform trägt dem hypothetischen Charakter der Situation Rechnung und ist daher keinesfalls als prognostische Frage in Bezug auf bevorstehende Wahlen zu werten, sondern als Abgrenzungsfrage für den weiteren Interessentenkreis einer Umweltpartei. Dieser Frage stimmten 22 % der Befragten zu. Der so definierte weitere Interessentenkreis bedarf jedoch einer Einengung, will man zu einer Einschätzung darüber gelangen, wieviele Bundesbürger über ein allgemeines Wahlverhalten hinaus als mögliche Wähler einer Umweltpartei in Frage kommen. Die Definitionskriterien für diese Gruppe sind auf der Basis der Erfahrungen mit Wahlanalysen vom Institut für Demoskopie Allensbach erarbeitet worden und in Tabelle 10 zusammengestellt. Zu dem so definierten engeren Interessentenkreis können 6,6 % der Befragten gezählt werden. Es muß jedoch betont werden, daß auch diejenigen, die zu dem engeren Interessentenfeld der Umweltpartei gehören, noch nicht zwangsläufig ihre Wähler sind⁹⁾. Die Sorge, sich zu isolieren, ist jedoch bei dem engeren Kreis ausgesprochen gering. Dafür spricht die optimistische Einschätzung von 52 %, daß eine Umweltpartei, würde sie bei der nächsten Bundestagswahl mitmachen, mehr als 5 % der Stimmen erhielte. Eine solche Einschätzung ist

nur möglich, wenn bei den Befragten der Eindruck besteht, daß ihre soziale Umwelt dem Engagement für eine Umweltschutzbewegung positiv gegenübersteht, zu Isolationsfurcht also kein Anlaß besteht¹⁰⁾. Die Einschätzung eines positiven Meinungsklimas in der Bundesrepublik in Bezug auf eine Umweltpartei wird durch die Daten dieser Repräsentativerhebung also durchaus gerechtfertigt.

Um zu prüfen, inwieweit eine Diskussion der Folgen einer Erweiterung des Parteienspektrums durch die Umweltpartei zu einem Abrücken von dieser Partei führen kann, soll zunächst noch einmal die allgemeine Frage "Einmal angenommen, es gäbe im Bundestag außer der F.D.P. noch einige weitere kleine Parteien: Fänden Sie das gut oder nicht so gut?" herangezogen werden. Es zeigt sich, daß auch innerhalb des engeren Interessentenkreises der Umweltpartei im Grunde nur etwa jeder Dritte für eine Erweiterung des Parteienspektrums ist. 52 % fänden es nicht gut, wenn es noch weitere Parteien, über die etablierten hinaus, gäbe. Es ist vorstellbar, daß diese Gruppe bei stärkerem Engagement der etablierten Parteien für Umweltschutzfragen, sich diesen in ihrer Parteienpräferenz wieder stärker zuneigt. Dagegen erscheint der Charakter einer Umweltpartei als überwiegend "single-issue"-Partei ihre potentiellen Wähler weniger abzuschrecken. Diejenigen, die zum engeren Interessentenkreis der Umweltpartei zu zählen sind, lassen sich von diesem Argument in ihrer Haltung kaum beirren. Nur 14 % von ihnen, gegenüber 50 % insgesamt, kommen zu einer Ablehnung der Umweltpartei aufgrund ihres Charakters als "single-issue"-Partei, während 69 % in dieser Eigenschaft gerade den Vorteil sehen.

Die Bereitschaft, bei den Wahlen auch einmal einer Umweltpartei die Stimme zu geben, ist überwiegend bei den SPD- und F.D.P.-Anhängern zu finden. Nur etwa jeder sechste CDU/CSU-Anhänger kann sich vorstellen, einmal einer Umweltpartei die Stimme zu geben, aber gut jeder fünfte SPD-Anhänger und bei den F.D.P.-Anhängern sogar jeder vierte.

Der Erfolg einer möglichen Umweltpartei hängt wesentlich davon ab, in welchem Maße es ihr gelingt, ihr derzeit positives Image zu

halten und in der konkreten politischen Auseinandersetzung glaubwürdig zu bleiben. In den mündlich durchgeführten Interviews in der Berliner Untersuchung wurden die Images von SPD, CDU, F.D.P. und einer möglichen Umweltpartei erhoben¹¹⁾.

Die Einschätzung der Parteien erfolgte auf einem von Hippler (1977)¹²⁾ nach inhaltsanalytischen Kriterien entwickelten semantischen Differential zur Beurteilung politischer Objekte. Hierbei ergaben sich für die politischen Parteien folgende mittlere Einstufungen.

Tabelle 11

Nachfolgend finden Sie Listen von gegensätzlichen Eigenschaften, die politische Parteien haben können. Bitte kreuzen Sie an, wo die einzelnen Parteien im Hinblick auf diese Gegensatzpaare Ihrer Ansicht nach stehen.

Skala		Mittelwerte (x)									
1	2	3	4	5	6	7	SPD	CDU	FDP	UP	IP
klar	unklar						4,1	4,1	4,2	2,7	—
rechts	links						4,5	2,2	3,9	4,4	4,5
sympathisch	unsympathisch						3,8	4,7	4,0	2,6	—
christlich	unchristlich						4,3	3,3	4,0	3,7	3,5
unehrlich	ehrlich						3,9	3,6	3,9	5,5	—
gemäßigt	radikal						3,1	3,8	3,2	4,2	3,5
schlecht	gut						4,0	3,5	3,9	5,4	—
arbeitgeber- freundlich	arbeitnehmer- freundlich						4,2	2,5	3,3	5,0	5,3
konservativ	fortschrittlich						4,4	2,4	3,7	5,5	5,7
stark	schwach						3,9	3,5	4,7	3,5	2,1
unsachlich	sachlich						4,2	3,5	4,2	5,5	—
sicher	unsicher						4,1	3,8	4,4	2,9	—

UP = Umweltpartei / IP = Idealpartei

Im Vergleich zu den drei anderen Parteien fällt auf, daß die mögliche Umweltpartei als besonders "klar, sympathisch, ehrlich, gut, arbeitnehmerfreundlich, fortschrittlich und sachlich" einge-

stuft wird. Ohne Frage sind dies Beurteilungsaspekte, die bei der Ausbildung von Parteipräferenzen eine Rolle spielen. Neben den etablierten Parteien und der fiktiven Umweltpartei wurden die Befragten gebeten, anzugeben, wie sie sich eine ideale politische Partei vorstellen. Bezieht man diese Urteile in die Betrachtung mit ein, so wird deutlich, daß die Umweltpartei dem sehr nahekommt, was zur Zeit unter einer idealen politischen Partei verstanden wird.

Im einzelnen zeigt sich, daß eine Umweltpartei in der Urteilsstruktur der Befragten sehr stark von der CDU abweicht ($r_{xy} = -.59$) und von der F.D.P. deutlich unterschieden ist ($-.42$). Während sich hier deutlich gegenläufige Beurteilungsmuster abzeichnen, ergibt sich bei der SPD ein anderes Bild. SPD und Umweltpartei werden nicht als Gegensätze aufgefaßt - sie sind nicht auf der gleichen Urteilsdimension und insofern im Urteil der Befragten unabhängig voneinander ($r_{xy} = + .18$).

Zusammenfassende Würdigung

Die berichteten empirischen Befunde machen deutlich, wie ernst Umweltschutzaufgaben heute in der Bevölkerung genommen werden. Gleichzeitig wird jedoch ein Mißtrauen in die in den etablierten politischen Parteien Verantwortlichen sichtbar. Dies mag vordergründig verwundern, wurden doch in den 70er Jahren in der Bundesrepublik eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen zur Verbesserung unserer Umweltqualität erlassen und haben sich doch auch in einigen Bereichen bereits Verbesserungen unserer Umweltqualität ergeben. Vielleicht stehen wir aber vor einer politischen Wende: Umweltpolitik wird zunehmend mehr als eine gesellschaftliche und politische Rahmenbedingung gesehen und eben diesen Ansprüchen wird die ressortmäßig verankerte Umweltpolitik in der Bundesrepublik nur bedingt gerecht. Umweltschutz als Grundwert und nicht als politische Teilaufgabe haben sich die Grünen auf ihre Fahnen geschrieben -

dies mag zu Teilen den Erfolg dieser Gruppen in Hamburg und Niedersachsen erklären. Nach ihren Wahlniederlagen in Hessen und Bayern ist zu fragen, ob dies darauf zurückzuführen ist, daß eine entsprechende Umorientierung in den etablierten politischen Parteien aus der Perspektive des Wahlbürgers sichtbar geworden ist.

ANMERKUNGEN

- 1) Gutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen. Bundesministerium des Innern 1978, Bonn. Universitätsbuchdruckerei, Drucksache 3/1938.
- 2) Vgl. folgende Analysen zum Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland:
 - (1) Bunz, A.R. (Infas): Umweltpolitisches Bewußtsein 1972. Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 1973.
 - (2) Bunz, A. R. (Infas): Umweltbewußtsein engagierter Bürger. Erich-Schmidt-Verlag, Berlin 1973.
 - (3) Diene1, P.C.: Stand, Tendenzen und Modelle für die Einführung von Umweltthemen in Aus- und Fortbildung.
 - (4) euro-barometer 1978, 8: Die allgemeine Stimmung in der europäischen Öffentlichkeit.
 - (5) Infas: Resümee einiger wichtiger Ergebnisse der Umweltschutzuntersuchung. Bonn-Bad Godesberg, Juli 1977
 - (6) Institut für Demoskopie Allensbach: Zum Stromsparen bereit - aber nur freiwillig. Allensbacher Berichte 1977/ Nr. 31
 - (7) Irlenborn und Partner: Studie zu Stand und Tendenzen des Umweltbewußtseins in der Bevölkerung und zur Entwicklung von Modellen zu dessen Aktivierung. Februar 1975 (erstellt für das Bundesministerium des Innern).
- 3) Die Diskrepanz zwischen dem Ausmaß der persönlichen Belastung und der perzipierten politischen Dringlichkeit zeigte sich in Umfrageergebnissen durchgängig. Sie wurde vom Sachverständigenrat 1978 als Ausdruck politischen Verantwortungsbewußtseins gedeutet.
- 4) Vgl. Fietkau, H.-J. & Hüttner, H.J.: Bürgerengagement in Umweltschutz-Bürgerinitiativen. Ztsch. "Gegenwartskunde" 1/1979.
- 5) Vgl. "Umweltbericht". Fortschreibung des Umweltprogramms der Bundesregierung vom 14. 7. 1976. Kohlhammer; Berlin, Köln, Mainz 1976
- 6) Vgl. 3. Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltprobleme des Rheins. Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, März 1976

Ebenso: o. a. Gutachten des Rates von Sachverständigen

- 7) Vgl. zu den Möglichkeiten und Grenzen der empirischen Wahlforschung: M. Kaase (Hrsg.): Wahlsoziologie heute. Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, 2/3.
- 8) Vgl. Buse, M., Nelles, W. & Oppermann, R.: Determinationen politischer Partizipation. Hain, Meisenheim am Glan, 1978.
- 9) Ebenda insbes. Gruber, E.: Politische Ziele, aktuelle Probleme und Wahlverhalten.
- 10) Noelle-Neumann, E.: Die Schweigespirale. In Forsthoff, E. & Hörstel, R. (Hrsg.) Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen. Athenäum, Frankfurt/M. 1974.
- 11) Da die mündliche Befragung nur mit der Hälfte der Gesamtstichprobe durchgeführt wurde, reduziert sich der Stichprobenumfang hier auf $N = 455$.
- 12) Hippler, H.-J.: Zur Bewertung politischer Objekte: Inhaltanalytische Erfassung von Parteiprofilen und Entwicklung eines semantischen Differentials zur Erfassung der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. In M. Kaase (Hrsg.): vgl. Fußnote 7)